

Solidarität statt rassistischer Hetze!

Für eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche
statt rechtsextremer Rattenfänger – Thesen gegen rassistische Lügen
und Perspektiven für den Kampf gegen Rassismus

Textsammlung zu den Themen

- ★ FPÖ und Rechtsextremismus
- ★ Rassismus und Asylrecht
- ★ Kulturkampf gegen den Islam?

Eine Broschüre der Sozialistischen Linkspartei



INHALT

FPÖ, Rechtsextremismus und die Frage einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche – Entwicklungsaspekte, Perspektiven und Thesen	3
Für ArbeiterInneneinheit und gegen Rassismus	7
Bleiberecht Jetzt!	13
Kulturkampf statt Klassenkampf?	19
Thesen zur Islamisierungsdebatte	23

IMPRESSUM:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:

Sozialistische LinksPartei – SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Druck: Eigenvervielfältigung

FPÖ, RECHTSEXTREMISMUS UND DIE FRAGE EINER NEUEN PARTEI FÜR ARBEITERINNEN UND JUGENDLICHE – ENTWICKLUNGSASPEKTE, PERSPEKTIVEN UND THESEN

Entwicklung der letzten Periode – Status quo

Die Sozialistische LinksPartei wurde von SozialistInnen während der Widerstandsbe-
wegung gegen die blau-schwarze Regierung gegründet. Sie wollten damit ein Signal set-
zen, dass eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche notwendig ist. Eine solche
Partei – die bis heute nicht existiert – müsste nicht zuletzt theoretisch und praktisch eine
offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sowie dessen historischen
und aktuellen Wurzeln führen. Trotz der großen Streikbewegung 2003 ist die ÖVP/
FPÖ-Regierung aber letztlich an ihren eigenen Widersprüchen, namentlich der tiefen
Krise und Spaltung der (Haider-)FPÖ zusammengebrochen. Ihr spezieller Mix aus Popu-
lismus, Neoliberalismus und rechtsextremen Versatzstücken taugte zwar für den nahezu
ungebremsten Höhenflug 1986/1999 in der Opposition. Als Regierungspartei wurden die
inhaltlichen Widersprüche und strukturellen/personellen Schwächen der Freiheitlichen
umso brutaler sichtbar.

Die Spaltung und die, zumindest mittelfristige, Festlegung der FPÖ auf die Oppositi-
onsrolle kam letztlich dem Ziehen einer Notbremse gleich. Die SLP hat allerdings fest-
gehalten, dass mit dieser Entwicklung objektiv der traditionelle rechtsextreme, auch
mit Faschisten durchsetzte, Flügel ins Zentrum der Partei gerückt ist. Dieses Zentrum
rekrutiert(e) sich aus unterschiedlichen Strukturen und Milieus: Burschenschaften,
Landsmannschaften, den Jugendorganisationen (RFJ, RFS) mit ihren personellen Quer-
verbindungen zu militanten externen (und zum Teil illegalen) Gruppen, aber auch ultra-
konservativen Christen. Während letztere (Klein-)Gruppe um Ewald Stadler inzwischen
deutlich an den Rand, bzw. aus der Partei gedrängt wurde, dominieren Burschenschaf-
ter und Blut und Boden-Ideologen wie Mölzer, Gudenus und Rosenkranz die Struktu-
ren und Inhalte der FPÖ. Dass die FPÖ in ihrem Außenauftritt auf Rassismus setzt ist
in diesem Zusammenhang zwar nicht neu. Neuartig ist allerdings die Dominanz und
Aggressivität in der Agitation, welche durch die Konkurrenz zum BZÖ noch zusätz-
lich beflügelt wird. Ebenso neuartig – gegenüber den 1980er und 1990er Jahren – ist das
Fehlen neoliberaler Inhalte zumindest in der Propaganda, bzw. die extrem wortradikale
Ablehnung von Globalisierung und EU. Die FPÖ bewegt sich mit dieser Positionierung
bemerkenswerter Weise in einem breiteren europäischen Zusammenhang. Mehr oder
weniger „offen“ rechtsextreme, zum Teil – v.a. in Osteuropa – sogar faschistische Par-
teien, bzw. Strömungen, die sich zum Teil massiv kapitalismuskritisch geben und verste-
hen, haben hier an Bedeutung zugenommen. Auch sie profitieren von einer wachsenden
antikapitalistischen Stimmung in der Gesellschaft; vor allem dort wo linke Alternativen
fehlen oder versagen. Ein Ausdruck für diese europäische Tendenz zur Neupositionie-
rung des Rechtsextremismus sind nicht zuletzt die Versuche eine EU-weite Rechtsfraktion

zu schaffen. Auch wenn diese an Ansätze an den logischen Widersprüchen des Nationalismus (Grenzfragen, etc ...) scheitern, stellt die Kooperation mit faschistischen Parteien (wie der FN) und osteuropäischen Antisemiten heute für die FPÖ überhaupt kein Problem an sich mehr dar.

Einige dieser besonders extrem „radikalen“ Aspekte stellen zwar (noch) keine zentralen Elemente ihres (populistischen) Außenauftritts dar, beeinflussen diesen aber und lassen die FPÖ zuweilen auch aus Sicht der Herrschenden gewisse Grenzen deutlich überschreiten. Ein Beispiel dafür stellte die Grazer GR-Wahl 2008 dar, bei der selbst die Kronen-Zeitung gegen die Sager der Spitzenkandidatin Stellung nahm. Umgekehrt scheint es bedeutend, dass die FPÖ „Neu“ trotzdem -und im krassen Gegensatz zur Periode davor -noch keine einzige Wahl verloren hat.

Wie ist der relative Erfolg der „FPÖ Neu“ zu erklären?

Das Vakuum, welches durch die Umwandlung der Sozialdemokratie zu einer relativ „normalen“ neoliberalen Partei entstanden ist – wir nennen diese Entwicklung „Verbürgerlichungsprozess“ – stellte bereits die Grundlage für den Erfolg der Haider-FPÖ in den 1990er Jahren dar. Gewisse Entwicklungsprozesse, wie die Entleerung und Bedeutungslosigkeit der SPÖ-Basisstrukturen oder die Trennung von Parteiapparat und ÖGB sind inzwischen ganz klar sichtbar. Als zentral und in gewisser Weise neuartig erscheint aber vor allem die Wahrnehmung der Folgen der „Reformpolitik“ der letzten Jahre. Ihre Fortsetzung durch die aktuelle Regierung wird im Grunde fast durchgängig in breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt; genau hier setzt die FPÖ extrem konsequent – und vor allem gegenüber der SPÖ, bzw. deren ehemaliger ArbeiterInnenbasis – an.

Während die Apathie gegenüber der etablierten Politik täglich steigt, wächst der Bedarf nach Antworten und Alternativen, zum Teil auch die Bereitschaft zum aktiven Widerstand. Rassismus und Anti-AusländerInnenpolitik stellen – gemeinsam mit Sicherheitsthemen – auch für die Etablierten seit den 1990er Jahren einen zentralen Bereich, einer sich permanent verschärfenden und damit auch ideologisch offensiven Politik dar. Genau an diesen Eckpunkten – wachende(r) Unmut, Apathie, offizieller Rassismus (...) – konnte und kann die FPÖ mit einem relativ intakten Organisationsapparat (der sich zudem auf ein Umfeld diverser Heimatverbände, Kameradschaften etc.. stützt) ansetzen und mit einer Linie die sie als „Systemopposition“ präsentiert, zumindest bei Wahlen punkten. (Ein Zeitungskommentar zu den LTW in NÖ 2008 erklärte, die FPÖ brauche ihren Erfolg nur „abholen“.)

Eine wesentliche Aufgabe von SozialistInnen ist es in diesem Zusammenhang allerdings zu erklären, dass diese bisherige Entwicklung (und Re-Etablierung der FPÖ) keineswegs alternativlos war. Die (weitere) Festlegung der ÖGB-Spitze auf einen sozialpartnerschaftlichen (Kürzungs-)Kurs steht im krassen Widerspruch der realen Entwicklung der letzten Jahre; eine Entwicklung die sowohl Streiks wie auch Sozialabbau beinhaltet. Die Organisationsreform der Gewerkschaften setzt – in diesem Zusammenhang weiter keinen Schwerpunkt auf jene Schichten der ArbeiterInnenklasse die besonders unter der objektiven Entwicklung des Kapitalismus zu leiden haben. Besonders dramatisch erscheint in diesem Zusammenhang, dass es auch dem Grosz der „Kritiker“ und „Linken“

dieses Kurses bisher nicht notwendig erschien, als organisierte „Systemopposition“ aufzutreten; ein Schritt der freilich einen Bruch mit der Gewerkschaftsspitze, aber auch der SPÖ bedeuten würde.

Welche Perspektiven hat die FPÖ künftig?

Eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche, die konsequent gegen Sozialabbau und Rassismus kämpft, würde ohne Zweifel eine tiefe, vielleicht auch finale Krise für die FPÖ zumindest in ihrer jetzigen, widersprüchlichen Form -bedeuten. Da ein solche neue Partei letztlich aus realen Kämpfen und Bewegungen entwickelt werden wird, ist anzunehmen, dass bereits ihr Entstehungsprozess von der FPÖ als grundlegende Herausforderung verstanden wird, den sie, bzw. ihre radikalen Teile, eventuell mit allen – auch faschistischen – Methoden (Sprengung von Versammlungen, pogromartigen Kampagnen, Überfälle auf Streikende ...) zu bekämpfen versucht. Umgekehrt bedeutet das Fehlen einer solchen Alternative, vor allem unter den Bedingungen einer zunehmend krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus, potentiell die Bestätigung und eventuell sogar sukzessive Stärkung ihrer gegebenen Position und Rolle als „Systemopposition“. Es ist daher mittelfristig eher unwahrscheinlich, dass die FPÖ sich dieser Rolle durch Regierungsbeteiligung selbst beraubt und in diesem Zusammenhang ihren Ton mäßigt. Auch wenn interne Rivalitäten und Widersprüche keineswegs negiert werden sollen, scheint inzwischen auf längere Zeit ein gemeinsamer Nenner gefunden zu sein, der weiter durch Strache als Aushängeschild repräsentiert wird und durch relative Wahlerfolge zusammen gehalten wird.

Ein von der FPÖ-Spitze nicht vollständig kontrollierbares Element stellt die Orientierung des „äußeren, in der Regel militanten Rechtsextremismus auf die Partei dar; ein Umstand der vor allem im Zusammenhang mit (Gegen-)Mobilisierungen zu FPÖ-Kundgebungen von uns aufmerksam beobachtet werden muss. Die Rolle und Aufgaben der SLP sind in diesem Zusammenhang auf die unten folgenden Aspekte zusammen zu fassen:

- ★ Erstens müssen wir – wie im Fall der „Dammstrasse“ – exemplarisch aufzeigen, wie wir uns die gemeinsame Verteidigung politischer und sozialer Rechte konkret vorstellen. Wir müssen an solchen – und auch anderen Beispielen – darüber hinaus nachweisen, was möglich wäre wenn auch andere Kräfte sozialistische Methoden der Mobilisierung anwenden würden.
- ★ Zweitens müssen wir auf die Hintergründe und Zusammenhänge hinweisen, auf welchen die relativen FPÖ-Erfolge aufbauen. Wir müssen hervor streichen, dass die FPÖ zwar nicht wegen -sondern eher trotz -des Vorhandenseins von zum Teil dezidiert faschistischer Positionen Wahlunterstützung erhält. Diese Unterstützung stützt sich gleichzeitig allerdings nicht nur auf die Sehnsucht nach etwas „Anderem“ oder „Neuem“ sondern auch auf – selbst in der ArbeiterInnenklasse -relativ stark verankerten rassistische Vorurteile. Wachsende Erfolge stärken ebenso rechtsextreme und faschistische Elemente in der Partei, wie in der Gesellschaft. Aus heutiger Perspektive ist es hier weiter zumindest nicht ausgeschlossen, dass diese Elemente die FPÖ vollständig dominieren. Auf die Möglichkeit und das Gefahrenpotential einer

solchen, bei allgemeinen Wahlen erfolgreichen, faschistischen Kraft weisen nicht zuletzt auch Beispiele aus anderen Ländern hin.

- ★ Drittens ist es auch in diesem Zusammenhang notwendig, auf das Vakuum auf der „Linken“, also das Fehlen einer neuen ArbeiterInnenpartei hinzuweisen. Alleine die Existenz „linker“ Alternativer (wie in Deutschland) schränkt der Spielraum der extremen Rechten deutlich ein. Eine solche neue ArbeiterInnenpartei könnte den Kampf gegen Rechtsextremismus und FPÖ aber nur dann erfolgreich führen, wenn sie nicht nur deren Mobilisierungen und Kampagnen verhindert, sondern vor allem durch eine entsprechend konsequente Praxis selbst als tatsächliche Systemopposition fungiert. Dazu benötigt sie ein sozialistisches Programm, mit dem es sowohl möglich wäre, inhaltliche Fragestellungen – wie die Migrationsfrage, aber auch jene angeblicher ökonomischer Sachzwänge – zu beantworten wie auch eine echte Systemalternative zu Neoliberalismus, „Globalisierung“ und Kapitalismus anzubieten.

FÜR ARBEITERINNENEINHEIT UND GEGEN RASSISMUS

„Überfremdung“, „Kulturkampf“, „Integration“ – das sind nur drei der vielen Schlagworte die in der Debatte zu „Ausländern“ fallen. Ja, es gibt Probleme zwischen In- und „Ausländern“ – aber worum geht es dabei? Und wo liegen die Wurzeln dieser Probleme? Und vor allem: wie können diese Probleme gelöst werden?

Vorurteile & Fakten

- ★ „Ausländern geht's bei uns zu gut, darum kommen immer mehr her, nehmen uns die Jobs weg und leben auf unsere Kosten.“
- ★ Das UNO-Flüchtlingskommissariat UNHCR geht davon aus, dass es weltweit ca. 40 Millionen Flüchtlinge gibt. 90 % der Flüchtlinge suchen Schutz innerhalb des Herkunftslandes oder in einem Nachbarland. Nur 5 % aller Flüchtlinge der „dritten Welt“ erreichen westeuropäische Staaten.
- ★ In Österreich wurden 13.000 neue Asylanträge gestellt und nur 4063 positive Asylbescheide ausgestellt. Zur Zeit gibt es ca. 35.000 offene Asylanträge, 11.000 davon länger als drei Jahre. Wohl auch als Abschreckung ergehen in 1. Instanz kaum positive Bescheide. In 2. Instanz werden allerdings 40% dieser negativen Bescheide aufgehoben. Weiters werden 20% der negativen Bescheide der 2. Instanz in der 3. Instanz aufgehoben. Das zeigt die enorme Willkür, der sich Flüchtlinge gegenüber sehen.
- ★ Auch österreichische Firmen profitieren von der miesen Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Teilweise machen sie gute Geschäfte mit den dortigen Diktatoren, teilweise verdienen sie an der Vernichtung der Umwelt, teilweise am Krieg direkt. Sie sind also auch dafür verantwortlich, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Flüchtlinge und MigrantInnen kommen nach Österreich, weil sie für sich und ihre Familie keine andere Chance auf ein menschenwürdiges Leben sehen – wäre die Situation in ihrer Heimat besser, würden sie diese nicht verlassen.
- ★ AsylwerberInnen müssen mit extrem wenig Geld auskommen (dürfen aber nicht arbeiten, um selbst Geld zu verdienen): EinE alleinstehenderR AsylwerberIn, der/die privat untergebracht ist erhält für Wohnung, Essen, Kleidung etc. ca. 300.-/Monat. Eine fünfköpfige Familie etwas mehr als 900.-. AsylwerberInnen in organisierten Unterkünften stehen pro Monat 10.- für „Freizeitaktivitäten“ (Bücher, Kino, Musik, Cafehaus, Geburtstagsgeschenke...) zu – diese werden aber an die Quartiergeber ausbezahlt. (Quelle: Zara)
- ★ Die starke Zunahme von „Schubhäftlingen“ ist auf eine Gesetzesänderung zurückzuführen. Schubhäftlinge sind aber nicht kriminell, sie haben nichts verbrochen, außer dass die Behörden davon ausgehen, dass sie in Österreich kein Asyl erhalten. (Quelle: Forum Asyl)

- ★ Die Kriminalität unter ansässigen MigrantInnen ist nicht höher, als unter ÖsterreicherInnen. Allerdings landen MigrantInnen öfter noch vor Verurteilung im Gefängnis – wegen angeblicher „Fluchtgefahr“. (Quelle: Standard).
- ★ Für MigrantInnen ist es schwerer zu einer ordentlichen Wohnung zu kommen – nicht zuletzt weil die rechtlichen Bestimmungen sie von bestimmten Formen des Wohnens (kommunaler Wohnbau) ausschließt: 11,4% der MigrantInnen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien leben mit WC oder Wasserentnahme am Gang, während nicht einmal ein Prozent der ÖsterreicherInnen solche Substandardverhältnisse kennen. Dazu kommt, dass Drittstaatenangehörige, die einen Kredit für Wohnungssanierung beantragen, viel häufiger bei Banken abblitzen als Einheimische. Und: In sieben von neun Bundesländern haben sie so gut wie keine Chance auf Wohnbauförderung. (Quelle: Integrationsbericht der Regierung)
- ★ Während das Armutsrisiko bei in Österreich geborenen Personen 11% beträgt, sind Eingebürgerte mit 23% und besonders MigrantInnen mit 28% deutlich armutsgefährdeter. (Quelle: Statistik Austria). Ursache sind die niedrigeren Einkommen (durchschnittlich 17% geringer als bei ÖsterreicherInnen) und der Ausschluss von verschiedenen Sozialleistungen. MigrantInnen werden außerdem häufig unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt – und verdienen entsprechend weniger. Ob Akademiker, Maturaniveau oder abgeschlossene Lehre – wer ausländischer Herkunft ist, wird am Arbeitsmarkt benachteiligt. Das gilt gleichermaßen für Zuwanderer und solche, die in Österreich aufgewachsen sind und hier eine Ausbildung gemacht haben. Insgesamt arbeiten 38 Prozent der besser ausgebildeten ausländischen Mitbürger unter ihrem Potential, bei Arbeitnehmern aus Drittstaaten wie der Türkei oder Ex-Jugoslawien sind es sogar fast die Hälfte (47%). (Quelle: August Gächter).
- ★ Die Erwerbstätigkeit von MigrantInnen – Frauen und Männer – ist höher, als jene von ÖsterreicherInnen (Quelle: Forschungsprojekt Verschuldung von MigrantInnen in Wien). MigrantInnen stehen (aufgrund des kürzeren Bildungsweges) früher im Erwerbsleben als ÖsterreicherInnen und gehen (aufgrund der schlechteren finanziellen Altersversorgung) später in Pension (Quelle: Östat)
- ★ Dass die Arbeitslosigkeit steigt liegt daran, dass in den letzten Jahren von der Wirtschaft zehntausende Vollzeitjobs vernichtet und durch Teilzeitjobs ersetzt wurden. Profitiert haben davon Unternehmen. Die Opfer sind in- und ausländische Beschäftigte.
- ★ Die Regelungen des Ausländer-Beschäftigungsgesetzes führen zwangsläufig zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit unter MigrantInnen, da diese zwingend zuerst entlassen werden müssen. MigrantInnen „erwirtschaften“ seit Jahrzehnten Überschüsse für die Arbeitslosenversicherung. (Quelle: ÖGB)
- ★ Dem Argument des Sozialmissbrauchs durch MigrantInnen widersprechen sämtliche Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO). Dieses errechnet in regelmäßigen Abständen, dass MigrantInnen in die Töpfe der Arbeitslosen- und Krankenversicherung weitaus mehr einzahlen, als sie durch Leistungen zurückerhalten. Und dies nachweislich seit den Siebzigerjahren.

„Ausländer wollen sich nicht integrieren“

- ★ Bei Integration gibt es immer zwei Seiten – in Österreich ist das Problem v.a. dass MigrantInnen an der „Integration“ gehindert werden. „Diese Sündenbockstrategie der Regierung ist zutiefst rassistisch. Und: Rassismus ist das weitaus größte Integrationshindernis in diesem Land“. (ZARA)
- ★ MigrantInnen wird vom Staat permanent mitgeteilt, dass sie Menschen zweiter Klasse sind. Integration braucht auch den Zugang zu (Gemeinde-)Wohnungen, Jobs und politischer Aktivität. Die Diskriminierung durch diverse Gesetze sowie durch rassistische Hetze verstärkt die Isolierung und Ghettobildung von MigrantInnen.
- ★ Die Ausgrenzung von MigrantInnen, ihre Isolation und der damit verbundene Einfluss von religiösen Fundamentalisten, wird durch das österreichische Schulsystem noch verstärkt. Dieses System hat eine starke soziale Differenzierung. Durch die frühe Trennung in Hauptschule und AHS wird das (Aus)bildungsniveau der Eltern (die meisten haben logischerweise in Österreich überhaupt keine Ausbildung absolvieren können) nämlich häufig quasi vererbt: 2/3 der AMS-Klienten ohne Schulabschluss sind MigrantInnen! (Der Standard, 18.8.2007). Umgekehrt fühlt sich fast die Hälfte aller (!) arbeitssuchenden Jugendlichen in Wien aufgrund „ihrer dunkleren Hautfarbe oder Kleidungsstücken wie dem Kopftuch diskriminiert.“ (Quelle: ORF)
- ★ Bei Integration geht es nicht um die Frage, ob man gerne Schweinsbraten isst und DJ Ötzi mag, sondern darum, ob die Kinder miteinander spielen, ob man denselben Fussballklub unterstützt, und ob man von derselben Fahrpreiserhöhung betroffen ist.
- ★ In Österreich wird einem großen Teil der MigrantInnen politische Partizipation verunmöglicht. AsylwerberInnen ist politische Aktivität verboten. MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten dürfen nicht wählen. Entgegen der Behauptungen von Rassisten führt das Wahlrecht für MigrantInnen nicht zu einer „Islamisierung“ der Gesellschaft. In Dänemark, Irland, Norwegen, den Niederlanden, Schweden und Spanien z.B. haben auch alle Nicht-EU-BürgerInnen das kommunale Wahlrecht.
- ★ Integration wird erreicht durch eine gemeinsame Schule aller Kinder bis mindestens 15, besser bis 18 Jahre. Integration wird erreicht durch selbstverwaltete Jugendzentren und regionale Nachbarschafts- und Kulturzentren. Integration wird erreicht durch den gemeinsamen gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampf gegen Sozialabbau und Lohndumping.

Drei Forderungen und wem sie nützen:

Volle soziale Rechte für alle, die hier leben

1. „Die Reichen werden immer reicher“ – das klingt zwar plakativ, stimmt aber. Unternehmensgewinne und Managementeinkommen steigen wesentlich stärker, als die Einkommen von ArbeitnehmerInnen. Es ist also nicht „zu wenig“ da, sondern der Wohlstand ist nur extrem ungleich verteilt. Es ist also nicht „notwendig“, den Sozialstaat abzubauen, sondern das ist eine bewusste politische Entscheidung der etablierten

Parteien (dafür stehen letztlich alle Parlamentsparteien), die Politik für ihr Klientel macht. Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus!

- ★ Es ist also genug Geld da, um billigere Wohnungen zu bauen.
- ★ Es ist genug Geld da, um mehr LehrerInnen anzustellen und die Klassen zu verkleinern, um die Studiengebühren abzuschaffen und jedem Jugendlichen eine ordentliche Ausbildung und eine ordentliche Bezahlung zu sichern.
- ★ Es ist genug Geld da, um das Gesundheitssystem auszubauen und eine menschenwürdige Pflege für alle, die sie brauchen, zu finanzieren.
- ★ Die jetzige zwei-Klassen-Medizin zeigt, dass die Trennung nicht nach dem Pass, sondern nach der Geldbörse erfolgt. ArbeiterInnen – egal ob In- oder AusländerIn – finden sich in der Warteschlange für eine Operation wieder, während wohlhabende – egal welcher Nationalität – privat, rasch und optimal versorgt werden. Soziale Leistungen müssen allen zustehen, die hier leben, egal ob In- oder AusländerIn. Nur dann ist gewährleistet, dass sie alle bekommen, die sie brauchen.

Volle demokratische Rechte für alle die hier leben

- ★ Wer hier lebt, arbeitet, Steuern zahlt soll mitentscheiden können, welche Politik gemacht wird. Geht von „rückständigen“ MigrantInnen eine Gefahr für „unsere Demokratie“ aus? Menschen mit reaktionären Ideen finden sich in allen Nationalitäten. Österreichische PolitikerInnen schlagen undemokratische Änderungen wie das Mehrheitswahlrecht, oder dass Eltern für ihre Kinder mitwählen dürfen, vor. Die jetzige Regierung hat die Legislaturperiode um 25% verlängert. Österreichische PolitikerInnen wollen uns immer stärker überwachen und kontrollieren, sie umgehen Gesetze, bereichern sich, agieren über unsere Köpfe hinweg. Unsere Demokratie ist real eine sehr beschränkte (nichts desto trotz muss das, was es gibt, verteidigt werden), und sie endet häufig im Betrieb. BetriebsrätInnen werden behindert, gemobbt und entlassen. Aufmüpfige KollegInnen finden sich rasch am Arbeitsamt wieder. Hier findet ständig ein Angriff auf unsere demokratischen Rechte statt.
- ★ Aber es stimmt auch, dass manche MigrantInnen aus Kulturen kommen, die unsere demokratischen Regeln nicht haben. Wo Frauen (noch stärker als bei uns) bevormundet werden (aber zur Erinnerung: der Angriff auf das Recht auf Schwangerschaftsabbruch geht von mehreren österreichischen Organisationen aus – nicht zuletzt der ÖVP und der katholischen Kirche). Wie kann das durchbrochen werden? Nicht indem man ihnen demokratische Rechte vorenthält, sondern indem man allen – also z.B. auch den Frauen – die Möglichkeit zur Teilnahmen an unserer Gesellschaft gibt. Wenn Frauen nicht mehr nur zu Hause sind, sondern einen Beruf haben, mit anderen zusammenkommen, sich austauschen und Geld verdienen, dann ist das die beste Basis für Unabhängigkeit.

Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn

- ★ Arbeitslosigkeit auf der einen, Überstunden und Stress auf der anderen Seite. Astronomische Managementbezüge auf der einen, Löhne die zum Überleben nicht

reichen auf der anderen Seite. Das ist ein krankes System. Im Kapitalismus zählen nur Profite. Manchmal, in Zeiten von Aufschwüngen, zeigt sich das weniger deutlich, dann sprechen manche irreführend von „sozialer Marktwirtschaft“. Aber wenn der Wettbewerb härter und der Kuchen kleiner wird, dann zeigt der Kapitalismus sein wahres, brutales und menschenverachtendes Gesicht. Dann bedeutet Stellenabbau steigende Aktienkurse. Dann verspielen Banker unsere Pensionsvorsorge.

- ★ Zur Zeit finden laufend Angriffe auf Beschäftigte und Arbeitslose statt. Die Arbeitszeiten werden verlängert, bei Sonderzahlungen wird gekürzt. Der „zumutbare“ Arbeitsweg wird verlängert, die Bezüge von Arbeitslosen reduziert und häufiger gestrichen. Die meisten Jobs die zur Zeit geschaffen werden, sind prekäre Jobs und Teilzeitjobs. Und zwar nicht nur für Menschen ohne Ausbildung, sondern z.B. auch für UniversitätsabsolventInnen.
- ★ Die Maßnahmen der Regierung schaffen keine Jobs, sondern sie machen nur unsere Arbeit billiger und uns ärmer.
- ★ Um Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche und das Recht auf einen Vollzeitarbeitsplatz.
- ★ Um Armut wirksam zu bekämpfen brauchen wir einen Mindestlohn für alle Beschäftigten von 1100.- netto.
- ★ Was hat das mit „Ausländerpolitik“ zu tun? Die Spannungen zwischen In- und AusländerInnen haben ihre Ursache v.a. in sozialen Problemen. Je größer die Arbeitslosigkeit, um so mehr Konflikte. Und Parteien, die Sozialabbau betreiben schieben die Verantwortung für die miese soziale Lage gerne MigrantInnen in die Schuhe. Nur zur Erinnerung: die FPÖ hat die Pensionsreform mitbeschlossen.

„Fünf Finger kann man brechen, eine Faust nicht“

Gemeinsamer Kampf

- ★ „Wenn sich zwei streiten, dann freut sich der Dritte“ – darum geht’s bei Angriffen auf MigrantInnen. Wenn in- und ausländische Beschäftigte sich gegeneinander ausspielen lassen, dann ist es leichter, Verschlechterungen am Arbeitsplatz durchzusetzen. Wenn MigrantInnen die Schuld an Arbeitslosigkeit und hohen Mieten in die Schuhe geschoben wird, dann lenkt das von der Verantwortung von Unternehmen, PolitikerInnen und Wohnungsspekulation ab. Wenn über die „Integrationsunwilligkeit“ diskutiert wird, wird verschwiegen, dass zu wenig Geld für Kinderbetreuung und Bildung da ist.
- ★ Die Trennung in unserer Gesellschaft verläuft nicht zwischen In- und AusländerInnen, sondern zwischen Arm und Reich, zwischen jenen, die in unserer Gesellschaft herrschen (Unternehmen und PolitikerInnen) und jenen, die nicht viel haben (ArbeiterInnen, Arbeitslose, PensionistInnen).

Gewerkschaften sind gefordert

- ★ Um die Situation österreichischer ArbeiterInnen zu verbessern, ist die Lösung nicht „Ausländer raus“ sondern Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn. Dafür müssen sich die Gewerkschaften einsetzen. Um Verbesserungen zu erreichen, müssen die Gewerkschaften alle Beschäftigten vertreten, egal welcher Nationalität. Denn nur wenn es keine LohndrückerInnen mehr gibt, können höhere Löhne erkämpft werden.
- ★ Die Politik des ÖGB erfüllt diese Aufgaben zur Zeit nicht. Im Gegenteil nimmt der ÖGB in der Praxis häufig einen nationalistischen Standpunkt ein. So wurden und werden die „Übergangsbestimmungen“ gefordert (d.h. dass ArbeiterInnen aus den neuen EU-Staaten keinen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben). Damit wird einerseits die Prekarisierung und der Lohndruck auf Alle sowie der Zwang zur (Schein-) Selbstständigkeit gefördert. Außerdem wird damit ein gewisser, wenn auch indirekter Rassismus – frei nach dem Slogan „Österreicher zuerst“ – gefördert und damit die Spaltung in der ArbeiterInnenklasse prolongiert. In den Strukturen, sowie unter den Beschäftigten (2%) und FunktionärInnen des ÖGB sind KollegInnen mit Migrationshintergrund de facto nicht existent. Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaftsverbänden berät der ÖGB illegale MigrantInnen (die häufig als LohndrückerInnen missbraucht werden) nicht. Erst seit kurzem können Nicht-ÖsterreicherInnen BetriebsrätInnen werden – der ÖGB hat sich dafür nicht wirklich eingesetzt, was ihn unter MigrantInnen wenig attraktiv gemacht hat. Entsprechend finden sich in der Führung der Gewerkschaften kaum KollegInnen mit Migrationshintergrund. Anstatt gemeinsam mit Gewerkschaften in anderen Ländern gegen das „Gegeneinander-Ausspielen“ von Standorten/Betrieben aktiv vorzugehen, argumentiert der ÖGB oft selbst mit Standortlogik.
- ★ Insgesamt versucht die Gewerkschaftsspitze bestenfalls, die Verschlechterungen ein bisschen abzufedern. Aber das reicht nicht. Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die nicht auf sozialpartnerschaftliche Geheimverhandlungen setzen sondern auf eine aktive Basis und kämpferische Politik.

Für eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche

- ★ Seit Jahren erleben wir eine Verschlechterung nach der anderen: Zerschlagung des Sozialstaates, sinkende Reallöhne, das Ende des freien Bildungszuganges, Zwei-Klassen-Medizin. In der einen oder anderen Form vertreten alle Parlamentsparteien eine neoliberale Politik wobei sie meist von „Sachzwängen“ sprechen.
- ★ Was uns fehlt ist eine Partei für ArbeiterInnen, sozial Schwache und Jugendliche. Eine Partei, die sich unseren Bedürfnissen und nicht an kapitalistischen „Sachzwängen“ und den Profiten der Unternehmen orientiert. Eine Partei, die bereit ist, Proteste, Kundgebungen, Demonstrationen und Streiks mit zu organisieren, um Verbesserungen zu erkämpfen. Eine Partei, die demokratisch agiert, in der es keinen Rassismus und keine Privilegien gibt und die für eine andere Gesellschaft eintritt. Eine solche Partei gibt es zur Zeit nicht, aber eine solche müssen wir aufbauen.

BLEIBERECHT JETZT!

Weltweit gibt es – je nach Schätzung - 33-150 Millionen MigrantInnen. Das sind bis zu 3% der Weltbevölkerung. Nur ein Bruchteil davon hat seine Heimat freiwillig verlassen, dennoch ist nur ein geringer Teil davon als Flüchtlinge anerkannt.

Österreich: Schotten dicht!

In Österreich wurden 2006 bereits an der Grenze 30.000 Menschen zurückgewiesen. Im selben Jahr wurden 13.000 neue Asylanträge gestellt und nur 4063 positive Asylbescheide ausgestellt. Zur Zeit gibt es 34.634 offene Asylanträge, 11.000 davon länger als drei Jahre.

Wohl auch als Abschreckung ergehen in 1. Instanz kaum positive Bescheide. In 2. Instanz werden allerdings 40% dieser negativen Bescheide aufgehoben. Weiters werden 20% der negativen Bescheide der 2. Instanz in der 3. Instanz aufgehoben. Das zeigt die enorme Willkür, der sich Flüchtlinge gegenüber sehen. Ähnliche Leidenswege werden von unterschiedlichen RichterInnen gänzlich unterschiedlich bewertet. Eine über reale Chance auf Asyl haben zur Zeit Menschen aus Russland, Iran, Irak, Afghanistan, Somalia, Menschen aus dem ehemaligen und vom Krieg nach wie vor gezeichneten Jugoslawien haben kaum eine Chance.

Zynisch und Menschenverachtend

Wie zynisch das österreichische Asyl“recht“ ist wird anhand von zwei Regelungen deutlich. Die Drittlandsklausel macht es fast unmöglich, legal nach Österreich einzureisen und hier als AsylwerberIn anerkannt zu werden, da alle Österreich umgebenden Länder als „sicher“ gelten. Und die wenigsten Flüchtlinge können mit dem Flugzeug direkt aus ihrer Heimat kommen. Der zweite Zynismus ist der so genannte „subsidiäre Schutz“. Abgewiesene AsylwerberInnen, die im Heimatland an Leib und Leben bedroht sind, können subsidiären Schutz oder humanitären Aufenthalt erhalten und doch bleiben. D.h. sie erhalten zwar kein Asyl – obwohl sie offensichtlich in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht sind – können aber nicht abgeschoben werden.

Asyl = Willkür

Die Entwicklung der Anerkennungsquote zeigt die politischen Veränderungen. Früher galt Österreich als Asyl- und Einwanderungsland. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert. Die Anzahl der gestellten Asylanträge ist nach einem Einbruch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder auf 20-30.000 pro Jahr gestiegen.

Auch die Anerkennungsrate hat sich verändert: lag sie bis Anfang der 1980er bei über 40%, kam es unter dem SPÖ-Innenminister Löschnak und vor dem Hintergrund der er-

starkten FPÖ-Hetze unter Haider ab 1989 zu einem Einbruch auf teilweise unter 10%. Seit 2000 liegt die Anerkennungsrate bei über 20%.

Asyl-Migration-Wirtschaftsflüchtlinge

Die Gründe für Flucht sinken insgesamt nicht. Im Gegenteil gibt es eine Zunahme von Kriegen und bewaffneten Konflikten, von Umweltkatastrophen etc.. Aber die imperialistischen Staaten fahren seit einigen Jahren eine harte Abschottungspolitik. Die Grenzen werden mit Zäunen und Aufrüstung bis hin zu Mienenfeldern „geschützt“.

Diese Abschottungspolitik hält Menschen, die flüchten müssen nicht davon ab, zu versuchen, in ein Land zu kommen. Aber diese Abschottungspolitik schafft Illegalität und sie tötet Menschen. Jedes Jahr ertrinken hunderte Menschen aus Afrika beim Versuch nach Europa zu gelangen, in der Wüste von Arizona sind im Jahr 1994 mindestens 2000 Menschen beim Versuch, illegal in die USA zu gelangen, gestorben.

Das zeigt auch, wie schwer die Trennung zwischen Asyl und Migration ist. Das drückt sich im Begriff des „Wirtschaftsflüchtlings“ aus. Es ist zynisch, wenn Platter in Bezug auf Arigona und ihre Familie meint, „die wollen ja nur ein besseres Leben bei uns“. Tatsächlich entscheiden sich Flüchtlinge dazu ihr Land zu verlassen, weil sie dort keinerlei Zukunft sehen. Sie wollen nicht einfach nur „ein besseres Leben“, sie die wollen überhaupt ein Leben.

Ist die Trennung überhaupt zulässig?

Das „Asyl“ hat in Europa vor allem religiöse Wurzeln. Durch das Kirchenasyl wurde ein Verfolgter der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen. Im arabischen Raum gibt es das „Gastrecht“ welches Fremde – egal welchen religiösen Bekenntnisses – vor Verfolgung schützt. Ein juristisches Asyl“recht“ entstand erst später.

Im „Kalten Krieges“ war „Asyl“ auch ein Propagandainstrument. Der „humane“ Westen wollte sich vom „inhumanen, kommunistischen“ Osten abgrenzen. Nach dem Ungarnaufstand 1956 bzw. der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 wurden diese Flüchtlinge mit offenen Armen empfangen. Niemand erklärte, dass „das Boot voll“ wäre

Seither hat sich viel verändert. Die stalinistischen Staaten, die trotz all ihrer Verbrechen auch eine Systemalternative dargestellt haben, sind zusammengebrochen und existieren nicht mehr. Asyl als Propagandainstrument ist nicht mehr nötig. In Kombination mit geringeren wirtschaftlichen Ressourcen in Folge der Krise des Kapitalismus kommt es zu einer restriktiveren Asylpolitik.

Als SozialistInnen weisen wir darauf hin, dass die Trennung in Asyl und Migration oft problematisch ist. Wir beurteilen Menschen nicht aufgrund ihrer Nationalität, sondern aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit. Unsere Solidarität gehört allen Menschen, die – wie wir – nicht reich sind, nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft.

Letztlich unterscheiden sich die verschiedenen bürgerliche Modelle von ganz rechts bis Grün/SPÖ nicht qualitativ, sondern nur in der Höhe der vorgeschriebenen Quoten bzw. der Dauer von Jahren im Land bis jemand Bleiberecht erhält.

SPÖ-Kanzler Gusenbauer versuchte angesichts der Welle der Solidarität mit Arigona der SPÖ ein menschliches Antlitz zu geben und meinte: „Für diese Menschen, die sich nichts zuschulden haben kommen lassen, sollte es ein Aufenthaltsrecht geben“ (nach 10 Jahren, Anm.). Diese Aussage zu Propagandazwecken darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die gültige Regierungs- und SPÖ-Programmatik ganz anders aussieht. „Ein negativer Verfahrensausgang (eines Asylverfahrens, Anm.) führt direkt zur Anweisung der Ausweisung durch das Asylgericht, um das Verfahren zu beschleunigen.“ Auf der SPÖ-Homepage gibt es zum Begriff „Bleiberecht“ keinen einzigen Treffer.

Auch die Grünen Trennen strikt zwischen Asyl und Migration. Zur Migration verweisen sie einmal mehr auf ihr „Punktesystem“: „Das Grüne Punktesystem zur Steuerung der Erwerbsmigration ist eine dieser legalen Zuwanderungsmöglichkeiten. Das Punktesystem vergibt für Ausbildung, Sprachkenntnisse und qualifizierte Arbeitserfahrung Punktwerte....Diese orientieren sich primär an den Bedürfnissen des Einwanderungslandes, erlauben aber auch den EinwanderInnen vom Heimatland aus, ihre Chancen abzuschätzen.“

Im Mittelpunkt stehen auch hier die Interessen der Wirtschaft, nicht die Frage, warum ist die Situation in den Heimatländern eigentlich so unerträglich?!

Die ÖVP ist mit dem – auch von ihnen geschaffenem - Status quo zufrieden. FPÖ und BZÖ treten für eine Verschärfung ein.

Unmittelbar nach Bekannt werden des Schicksals von Arigona war von diesen beiden Parteien nichts zu hören. Sie hielten sich angesichts der Welle von Solidarität wohlweislich zurück. Dass sie nun, nach einiger Zeit, extrem aggressiv argumentieren spiegelt eine veränderte Stimmung wieder. Weil keine wirklichen Lösungen für Flüchtlinge wie Arigona gefunden wurde, weil die großen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung – die Gewerkschaften – das Thema nicht aufgegriffen haben um eine solidarische Lösung zu finden, deshalb konnten rechte Kräfte das Stimmungs-Ruder herumreißen. Weil keine wirklichen Lösungen angeboten wurden, die die sozialen Ängste der ÖsterreicherInnen aufgreifen sondern v.a. moralisch argumentiert wurde entstand ein Vakuum, dass die Rechten zu füllen versuchen.

In den letzten Jahren hat sich die Haltung gegenüber Flüchtlingen verändert. Während in den 1990er Jahren die Hetze noch breiteste Unterstützung fand, mehren sich in letzter Zeit die Fälle von Gemeinden, die sich für „ihre“ Flüchtlinge einsetzen. Die Politik hat darauf mit der Kriminalisierung der HelferInnen geantwortet. Mit §115 des Fremdenrechtes - „Beihilfe zum unbefugten Aufenthalt“ – sollen Menschen davon abgehalten werden, zu helfen. 2006 gab es sechs Verurteilungen, in der 1. Hälfte 07 kam es bereits zu 69 Anzeigen, u.a. auch gegen die unbekanntes HelferInnen von Arigona. Die Frage ist auch, ob Flüchtlinge künftig wieder stärker zentralisiert und isoliert – also in großen Flüchtlingslagern – untergebracht werden, um den Kontakt zu Bevölkerung und damit eine mögliche Solidarisierung zu verhindern.

Eine internationale Lösung ist nötig

Tatsächlich muss eine Lösung immer aufzeigen, wo die Ursachen für Flucht liegen. Nämlich darin, dass die Situation in den Heimatländern so unerträglich wird, dass Menschen flüchten müssen. Das geschieht durch die Ausbeutung der Rohstoffe durch multinationale Konzerne ohne dass die regionale Bevölkerung davon profitiert (wie z.B. in Nigeria). Oft wird dabei auch noch die Umwelt brutal zerstört. Auch Kriege und bewaffnete Konflikte, wie zur Zeit z.B. in Afghanistan oder dem Irak führen dazu, dass Menschen flüchten. Die meisten Fluchtursachen sind nicht „natürlich“ sondern das Ergebnis einer Politik, die einzig an der Maximierung von Profiten ausgerichtet ist. Der Kapitalismus ist also in der überwiegenden Zahl von Fällen die direkte oder indirekte Fluchtursache.

Eine sozialistische Antwort auf die Frage von Flüchtlingen muss daher eine internationale sein. Sie muss sich gegen den Kapitalismus wenden, wie das die SLP und unsere Schwesterorganisationen in rund 40 Ländern tut.

Auch bürgerliche Organisationen wie die EU sprechen von einer „internationalen Lösung“. Aber sie verstehen etwas gänzlich anderes darunter. Ihnen geht es darum, Flüchtlinge durch Drohung und Einschüchterung vom Flüchten abzuhalten. Sie sollen in ihren Heimatländern „besser informiert“ werden um ihnen das Flüchten „auszureden“. Es gibt auch Vorschläge für Auffanglager in der Region – obwohl ja bereits jetzt der absolut überwiegende Teil der Flüchtlinge niemals bis Europa kommt. Die EU-Staaten setzen bei ihrer „Flüchtlingspolitik“ oft auf die Zusammenarbeit mit den jeweils Herrschenden in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Da wird dann auch einmal bei der nigerianischen Botschaft nachgefragt ob die Situation für den Asylwerber in Nigeria „eh ungefährlich“ ist. Mehr lässt sich der Bock wohl nicht mehr zum Gärtner machen...

Auch die KPÖ sieht die Flüchtlinge in der EU als eine gesichtslose Manövriermasse und fordert „für eine vertraglich abgesicherte, sinnvolle Verteilung von Flüchtlingsströmen über ganz Europa... welche die Flucht von Menschengruppen dorthin ermöglicht, wo bereits eine entsprechende Minderheit und ethnische Gruppe existiert. Ein internationaler Abgleich und/oder eine internationale Hilfe im Krisenfall ist dabei vorzusehen.“

Für uns als SozialistInnen sieht unser Internationalismus anders aus. Für uns verläuft die Trennlinie zwischen unten und oben, nicht zwischen Nord und Süd - wir beurteilen Menschen aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit, nicht aufgrund ihrer Nationalität. Für uns sind MigrantInnen/Flüchtlinge auch Teil der ArbeiterInnenklasse und müssen volle Rechte und vollen Schutz haben.

ArbeiterInnenbewegung und Migrationsfrage.

Die Haltung von Organisationen der ArbeiterInnenbewegung zu MigrantInnen ist eine alte und kontroverielle Debatte. Letztlich lässt sich die Frage, ob eine Organisation reformistisch oder revolutionär ist, auch an ihrer Position zu MigrantInnen ablesen – haben sie einen Klassenstandpunkt oder einen nationalistischer Standpunkt?

Jene Gewerkschaften z.B. die in den USA bzw. in Australien MigrantInnen die Mitgliedschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert verweigert haben, haben damit nicht

nur den migrantischen ArbeiterInnen, sondern der gesamten ArbeiterInnenbewegung geschadet.

Die oft chauvinistische Position reformistischer Parteien im 20. Jahrhundert, die in ArbeiterInnen „rückständiger Rassen“ bzw. „zivilisierter Länder und unzivilisierter“ trennte hatte katastrophale Auswirkungen. Die Burgfriedenpolitik bzw. Unterstützung der jeweiligen „eigenen“ Bourgeoisie im 1. Weltkrieg hat ihre Wurzeln in dieser Haltung. Auch in der Kolonialpolitik bzw. in ihrer Haltung zu den nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien standen die ArbeiterInnenorganisationen aufgrund einer chauvinistischen Politik teilweise auf Seiten der Kolonialherren, anstatt die ArbeiterInnen in den Kolonien bei ihrem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen (z.B. zeigte sich das bei der ablehnenden Haltung der französischen ArbeiterInnenorganisationen zur Unabhängigkeit Vietnams).

Der ÖGB ist diesbezüglich ein besonderes Negativbeispiel. Jahrzehntlang gab es in Österreich nicht einmal ein passives Betriebsratswahlrecht für MigrantInnen. Der ÖGB fährt bis heute eine „ÖsterreicherInnen zuerst“ Politik. Diese extrem chauvinistische Haltung liegt in der besonders abgehobenen Gründungsgeschichte des ÖGB und seiner Verbundenheit mit dem bürgerlichen Staat.

Aber: Illegalisierung schwächt die ArbeiterInnenklasse

Illegale Arbeitskräfte sind von Seiten der Unternehmen durchaus erwünscht – für das Kapital sind Illegale die besten/billigsten ungelerten ArbeiterInnen überhaupt. Es gibt Schätzungen dass durch Illegale die Löhne jener ArbeiterInnen, die mit ihnen konkurrieren müssen, um 1-2% niedriger sind.

Beim Stuttgarter Kongress der 2. Internationale 1907 gab es heftige Debatten zum Thema. Letztlich wurde folgende Forderungen festgehalten:

„Gesetzlicher Arbeitsschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung eines Minimallohnes.....Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, Uneingeschränktester Zutritt der eingewanderten Arbeiter in die Gewerkschaften.“

Und die Rote Gewerkschaftsinternationale forderte 1922: „Die Kommunistischen Parteien Amerikas, Kanadas und Australiens müssen eine energische Kampagne führen gegen die Gesetze zur Verhinderung der Einwanderung und müssen den proletarischen Massen dieser Länder klarmachen, dass solche Gesetze, indem sie den Rassenhass schüren, letzten Endes ihnen selbst zum Schaden gereichen...Die Anhänger der RGI müssen einen energischen Kampf für das Asylrecht, für völlige Gleichstellung, gegen Entlassung und Ausweisung ausländischer Arbeiter, gegen jegliche Beschränkung ihrer bürgerlichen und gewerkschaftlichen Rechte, für die Abschaffung jeglicher Ausnahmegesetze für die Ausländer führen.“ In Bezug auf heute bedeutet dass:

- ★ Zugang zum Arbeitsmarkt
- ★ Keine Illegalisierung
- ★ Kein schlechterer Sonderstatus

- ★ Volle soziale und rechtliche Absicherung aller Arbeitsverhältnisse
- ★ Gewerkschaften, die MigrantInnen offensiv umwerben

In Österreich ist AsylwerberInnen politische Betätigung verboten. Warum? Liebknecht hat schon 1907 darauf hingewiesen: „Es ist ja bekannt, dass die gewerkschaftlich organisierten Ausländer mit Vorliebe ausgewiesen werden... Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisungen! Das ist die erste Voraussetzung dafür, dass die Ausländer aufhören, die prädestinierten Lohndrücker und Streikbrecher zu sein.“

- ★ Weg mit Schubgefängnissen und Schluss mit Abschiebungen.
- ★ Das Recht für volle gewerkschaftliche und politische Betätigung für alle hier lebenden Menschen.

KULTURKAMPF STATT KLASSENKAMPF?

Strache und Diskriminierung entgegentreten! Gemeinsam gegen Sozialabbau, Rassismus und Frauenunterdrückung!

Schleier tragende Frauen, Minarette und Gebetsräume, Kinder die Mohammed oder Leila heißen – droht Österreich eine Islamisierung? Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP, untersucht, wer von der Debatte über Islam und Terrorismus profitiert.

Zahlen & Fakten zum Islam:

- ★ Von den weltweit 1,2 Mrd. Moslems/Muslima leben rund 12,5 Mio. in Europa, 400.000 davon in Österreich (davon 120.000 in 2. Generation)
- ★ In Österreich seit 1874 bzw. 1912 anerkannte Religionsgemeinschaft
- ★ Es gibt nur zwei Moscheen (Wien, Telfs) und ca. 200 Gebetsräume
- ★ Herkunft der Moslems/Muslima: 36,3 % Türkei, 28,3% Österreich, 28,7% Ex-Jugoslawien
- ★ Bedeutung der Religion: Für $\frac{3}{4}$ spielt Religion keine Rolle im Alltag, 55% „Taufschein“-Moslems, 0,7% Islamisten (für Sharia statt Verfassung), 4% Fundamentalisten (enge Auslegung des Islam)

Soziale Situation von MigrantInnen

20% der Moslems/Muslima leben in sozial prekären Verhältnissen. Die Ursache liegt v.a. in der Diskriminierung von MigrantInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Wohnungen sind verhältnismäßig teurer (bzw. schlechter). Sie sind häufiger arbeitslos und verdienen weniger (nur zwei Drittel des Durchschnittsgehalts) – beides nicht weil sie schlechter arbeiten, sondern weil sie erpressbarer sind. Die rechtliche Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine wesentliche Ursache für ihre oft verzweifelte soziale Situation. Besonders betroffen davon sind Frauen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt noch öfter verweigert wird als Männern. Wer aber nicht legal arbeiten darf hat nur zwei Möglichkeiten - illegal arbeiten oder von jemand anderem abhängig sein.

Ausgrenzung beginnt bei den Jüngsten

Die Ausgrenzung von MigrantInnen, ihre Isolation und der damit verbundene Einfluss von religiösen Fundamentalisten, wird durch das österreichische Schulsystem noch verstärkt. Dieses System hat eine starke soziale Differenzierung. Durch die frühe Trennung in Hauptschule und AHS wird das (Aus)bildungsniveau der Eltern (die meisten haben logischerweise in Österreich überhaupt keine Ausbildung absolvieren können) nämlich

häufig quasi vererbt: 2/3 der AMS-Klienten ohne Schulabschluss sind MigrantInnen! (Der Standard, 18.8.2007). Umgekehrt fühlt sich fast die Hälfte aller (!) arbeitssuchenden Jugendlichen in Wien aufgrund „ihrer dunkleren Hautfarbe oder Kleidungsstücken wie dem Kopftuch diskriminiert.“ (<http://wien.orf.at/stories/211813/>).

Um religiösen Fundamentalismus an diesem zentralen Punkt zurückzudrängen braucht es daher drei wesentliche Maßnahmen:

- ★ Die völlige Trennung von Religion (egal welcher) und Staat – also keine finanzielle Unterstützung, kein Religionsunterricht an den Schulen, keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden.
- ★ Eine gemeinsame Schule aller 6–19-jährigen inklusive Berufsausbildung ist die beste Integration und die beste Grundlage gegen religiösen Fundamentalismus.
- ★ Die Öffentliche Hand muss umfassende und kostenlose soziale Betreuung anbieten – Schulen, Kinderbetreuung, Pflege, Krankenhäuser etc. – und darf diese Leistungen nicht an (oft religiöse) Einrichtungen abgeben.

Strache als Rekrutierungsoffizier für den radikalen Islamismus?!

Hetzte die FPÖ in den 1990er Jahren noch gegen „Nigerianische Drogendealer“ so hat sich ihr Feindbild nun zu Moslems/Muslima verschoben. Obwohl für die überwältigende Mehrheit aller Moslems/Muslima nach eigenen Angaben die Religion im Alltag keine Rolle spielt, zeichnet die FPÖ ein Bild, als ob alle burkatragende, bombenbastelnde Fundamentalisten wären. Mit Hetze a’la „Daham statt Islam“ geht die FPÖ auf Stimmenfang. Sie lenkt damit ganz gezielt von ihrer eigenen Verantwortung (Stichwort: Zustimmung zur Pensionsreform) für die miese soziale Situation in Österreich ab. Die Hetze hat aber auch noch eine andere Konsequenz: gerade junge Moslems/Muslima, die eigentlich eher säkular aufgewachsen sind, werden durch die ständige Ausgrenzung dem radikalen Islam geradezu in die Arme getrieben. Der Hassprediger Strache ist wohl einer der besten Rekrutierungsoffiziere für den radikalen Islamismus in Österreich.

Aktuelle Brennpunkte: Wien: Dammstraße, Telfs, Bad Vöslau

Obwohl der Islam in Österreich seit 1874 bzw. 1912 eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist gibt es nur zwei Moscheen – in Wien und Telfs (und ca. 200 Gebetsträume). In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Fällen wo Moslems/Muslima in ihrem Recht, ihre Religion zu leben und auszuüben eingeschränkt wurden. Rechtsextreme und faschistische Gruppen, von FPÖ bis BFJ/AFP und NVP, aber wie im Fall der Brigittenau in Wien auch die ÖVP, wettern gegen Moscheen, Gebetsräume und Frauenschwimm-tage. Die Argumente sind stets ähnlich: „die Moslems“ würden sich „nicht integrieren“, sie würden „unsere abendländische Kultur“ nicht teilen, wären „rückständig“, „frauenfeindlich“, „antidemokratisch“ und „reaktionär“. Diese Argumente kommen von Organisationen die zuweilen dem NS-Staat positive Seiten abgewinnen können, radikale AbtreibungsgegnerInnen unterstützen und Gesetze beschließen, die demokratische Rechte

massiv einschränken. Ganz bewusst wird rassistisch argumentiert, wird Stimmung gemacht. Die FPÖ z.B. hat ein Interesse daran, dass die Spannungen aufrecht bleiben – bieten sie doch eine Grundlage für den nächsten Wahlkampf.

Wir verteidigen demgegenüber die demokratischen Rechte aller (!) ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, die hier leben. Das bedeutet u.a. auch:

- ★ Das Recht aller Menschen, ihre Religion auszuüben, inklusive des Rechtes, Moscheen zu bauen.
- ★ Die rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen inkl. der Möglichkeit für Doppelstaatsbürgerschaft

Wo ist die Trennlinie: Klasse oder Religion?

Tatsächlich müssen wir die Frage stellen: Was trennt wen und was sind die Gemeinsamkeiten? Moslems/Muslima arbeiten als Putzfrau und Bauarbeiter (die „Klassiker“) aber auch als ÄrztInnen, LehrerInnen, StraßenbahnfahrerInnen, PolizistInnen, Büroangestellte, KFZ-MechanikerInnen. Sie sind selbstständig, haben einen Job oder sind arbeitslos. Sie leiden unter hohen Mieten, steigendem Arbeitsdruck und sinkenden Reallöhnen – wie auch christliche, jüdische und nicht-religiöse Beschäftigte. Die Trennlinie verläuft hier offensichtlich nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, sondern zwischen oben und unten, zwischen arm und reich. Religiöse und kulturelle Trennlinien – vor allem wenn sie bewusst neu gezogen oder aktuell besonders betont werden – verfolgen demgegenüber einen klaren Zweck; ganz nach dem Motto „Wenn sich zwei streiten freut sich der dritte“. Die Dritten sind in diesem Fall PolitikerInnen und Unternehmen, die ihren Sozialabbau betreiben und Beschäftigte gegeneinander ausspielen können. Oder eben Hassprediger á la Strache die ihre gesamte (jämmerliche) Existenzberechtigung aus dem Schüren solcher Konflikte beziehen. Teile der Gewerkschaften, bzw. ihrer Führung machen bei dieser Politik leider mit. Erst auf Druck der EU wurde in Österreich das passive Betriebsratswahlrecht für Nicht-StaatsbürgerInnen eingeführt. Im ÖGB gibt es kaum FunktionärInnen mit Migrationshintergrund. Trotz Lippenbekenntnissen setzt sich der ÖGB nach wie vor in erster Linie für ältere, männliche, österreichische Beschäftigte ein. Dadurch wird die gesamte ArbeiterInnenbewegung geschwächt. Daher:

- ★ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die gemeinsame Kämpfe von In- und AusländerInnen, egal ob religiös oder nicht, organisieren. So kann die Spaltung entlang ethnischer, religiöser bzw. nationalistischer Trennlinien überwunden werden.

Gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus

Der Klassenkampf von oben wird mit voller Härte geführt. Milch, Fleisch und Wohnen werden immer teurer. Die Reallöhne sinken während die Gewinne explodieren.

Damit die Unternehmen nicht mehr die lachenden Dritten sind gilt es gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus aktiv zu werden.

- ★ Arbeitszeitverkürzung und ein Mindestlohn für alle Beschäftigten – das schafft Jobs und ein Einkommen von dem mensch auch Leben kann. Und ist damit die beste Grundlage gegen die „Teile und Herrsche“-Politik
- ★ Für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialistischem Programm – denn religiöser Fundamentalismus und Rassismus bieten nur Scheinlösungen.

THESEN ZUR ISLAMISIERUNGSDEBATTE

Krieg gegen den Terror?

1. Die herrschende Klasse nützt weltweit den „Krieg gegen den Terror“ um von ihrer eigenen Politik abzulenken. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem Wegfall des „kommunistischen Feindes“ wurde „der Islam“ systematisch zur neuen Bedrohung aufgebaut (während u.a. die USA zuvor islamistische Gruppen z.B. in Afghanistan gegen die Sowjetunion unterstützt hatte). Der 11. September und in Folge die Angriffe auf Afghanistan und den Irak haben die Grundlage für eine enorme Polarisierung gelegt. In zynischer Art und Weise werden die Ängste der Menschen vor Attentaten und die Leiden der Opfer von Krieg & Terror für die Kriegspolitik und antiislamische Hetze genutzt.
2. Der „Krieg gegen den Terror“ wird international zum Abbau demokratischer Rechte, zur Aufrüstung und zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse benützt. Das gilt auch für Österreich.
3. Würden früher pauschal „die Ausländer“ als Sündenböcke eingesetzt, sind es heute zunehmend „die Moslems“. Das Spektrum der Angriffe ist groß und reicht vom rechtsextremen „wir müssen das christliche Abendland verteidigen“ über „Moslems sind nicht integrationswillig“ bis zum pseudo-fortschrittlichen „wir sind gegen Kopftücher weil die die Frauen unterdrücken“.
4. Diese Debatte verdeckt die eigentlich zentralen Probleme, die durch neoliberale Politik, durch Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahren verschärft wurden. Nicht die Unternehmen die Stellen abbauen, sind an Arbeitslosigkeit schuld, sondern „die Ausländer“. Nicht das Kindergeld der blau-schwarzen Regierung ist frauenfeindlich, weil es Frauen aus den Jobs drängt, sondern „die Moslems“. Nicht der Abbau demokratischer Rechte ist ein Problem, sondern „die Terrorgefahr“.
5. Rechte und rechtsextreme Parteien haben sich „die Moslems“ bzw. „die Türken“ herausgegriffen und hetzen gegen sie. Insbesondere die FPÖ (und das BZÖ) aber auch manche ÖVP'lerInnen (und wohl auch SPÖ'lerInnen) fällt durch anti-islamische Hetze auf und schreckt vor keiner Lüge oder Diffamierung zurück.
6. Die SLP verteidigt das Recht auf freie Religionsausübung und tritt entschieden gegen rassistische Hetze auf. Wir verstehen, warum Menschen religiös sind – wir selber aber sind es nicht. Wir sind der Ansicht, dass Religion Privatsache ist. In diesem Sinne sind wir auch gegen einen religiösen Staat. In Österreich ist die Bedrohung, die von religiösen FundamentalistInnen katholischer Prägung weit größer (z.B. in der Abtreibungsdebatte), als die Gefahr eines islamischen Gottesstaates.

Moslems/Muslima in Österreich

7. In Österreich leben rund 400.000 Moslems/Muslima, nur eine Minderheit davon ist streng religiös oder gar fundamentalistisch.

8. Das Zunehmen von Religiösität findet zZt bei allen Religionsgruppen statt. Sie ist Ausdruck der Suche nach Alternativen zur offensichtlichen Misere. Dass der Unmut über die gegenwärtige Situation von Religionsgemeinschaften und Esoterik aufgegriffen wird spiegelt die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung (nach dem Zusammenbruch des Stalinismus und der Verbürgerlichung der Sozialdemokratie) wieder.
9. Die oft schlechte soziale Situation von MigrantInnen in Kombination mit einem deutlichen „wir wollen Euch nicht“ durch die herrschende Politik (Vorenthaltung von fundamentalen Rechten wie Wahlrecht) plus oft offener rassistischer Hetze hat zwei wesentliche Auswirkungen: eine oft ausländerInnenfeindliche Grundstimmung bei den „ÖstereicherInnen“ („ich hab ja nix gegen Ausländer, ABER...“) und ein sich unter „seinesgleichen“ Zurückziehen bei MigrantInnen. Diese Entwicklung zeigt sich in ganz Europa – MigrantInnen werden so gut wie überall als Menschen zweiter Klasse behandelt und ziehen sich entsprechend zurück.
10. Die Ausgrenzung und Hetze gegen MigrantInnen und in den letzten Jahren insbesondere gegen Moslems/Muslima führt dazu, dass MigrantInnen der zweiten und dritten Generation sich stärker als Moslems/Muslima fühlen und sich wieder verstärkt der Religion zuwenden.
11. Der Islam ist nicht mehr oder weniger reaktionär als jede andere Religion: In den USA regiert ein fundamentalistischer Christ der angibt, seine Befehle direkt von Gott zu erhalten und der Papst mischt sich in die österreichische Innenpolitik ein (Abtreibungsfrage). Israel wurde zwar als Reaktion auf den Holocaust gegründet; also der Schaffung (und Ermordung) einer letztlich religiösen Schicksalsgemeinschaft durch den Antisemitismus. Es ist aber nichtsdesto trotz noch immer ein solch religiös begründeter Staat wo radikale Juden auch vor Selbstmordattentaten nicht zurückschrecken. Buddhisten in Sri Lanka und Hindus in Indien schrecken nicht vor Pogrommen gegen die Angehörigen anderer Religionsgruppen zurück.
12. Historisch war eine zentrale Funktion von Religion immer – und das gilt für alle Religionen – dass sie den jeweils Herrschenden dabei hilft, ihre Macht zu erhalten. Die herrschenden Machtverhältnisse mit „unten“ und „oben“ sollen von den Gläubigen akzeptiert werden, ein besseres Leben nicht im Diesseits erkämpft sondern fürs Jenseits erduldet werden.
13. In Österreich ist der Islam seit 1874 bzw. 1912 ist der Islam als Religion anerkannt – wie auch 12 andere Religionsgemeinschaften. Als SozialistInnen verteidigen wir das Recht von Moslems/Muslima, ihre Religion auszuüben. Das beinhaltet auch den Bau von Moscheen und das Tragen von Kopftüchern.
14. In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Hetzkampagnen gegen Moslems/Muslima, insbesondere gegen den Bau von Moscheen. Federführend war oft die FPÖ und andere Teile der extremen Rechten. Bei der jüngsten Kampagne gegen den Teilausbau des Islamischen Zentrums in Wien Brigittenau hat die FPÖ eine Bürgerinitiative instrumentalisiert um gegen Moslems/Muslima zu hetzen. Dies wurde – wie auch bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit – von rechtradikalen und neofaschistischen Gruppen genutzt, um Stimmung zu machen. Es wird damit eine Stimmung erzeugt, auf deren Basis vermehrt Anpöbelungen und Angriffe gegen MigrantInnen stattfinden bzw. geduldet werden. Es ist zu befürchten, dass Übergriffe eines aufgestachelten Mobs bzw. die Unterstützung für rassistische Gewalttätigkeiten nur mehr eine Frage der Zeit sind.

Die etablierten Parteien sprechen sich zwar offiziell „gegen Rassismus“ aus, tatsächlich bereitet aber ihre Politik und ihre Propaganda den Boden dafür vor.

15. Die Demonstration vom 13. September in Wien-Brigittenau hat die Debatte in der Brigittenau auf eine neue Ebene gestellt. Es geht nicht mehr um die Frage von Parkplätzen und Lärm sondern darum, wie die Nazis und Rassisten bekämpft werden können. Dies macht einmal mehr deutlich, dass es FPÖ&Co. nicht um die Anliegen der AnrainerInnen geht.

Das Kopftuch

16. Abgesehen davon, dass auch viele ÖsterreicherInnen Kopftuch oder ähnliches tragen (burgenländische Bäuerinnen, Nonnen, Goldhauben...) ist das Kopftuch nicht nur ein religiöses Symbol, sondern auch oft Ausdruck eines kulturellen Selbstverständnisses und auch Widerstandes gegen die allgegenwärtige staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung.
17. Obwohl wir das Recht, Kopftuch zu tragen, zu verteidigen, unterstützen wir jede Muslima, die das Kopftuch ablegen will, sich von ihrem Mann trennen bzw. ein selbstbestimmtes Leben führen will. Die beste Unterstützung für eine Besserstellung von moslemischen Frauen ist es, ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren und ihnen damit die materielle Grundlage für Unabhängigkeit zu geben.

Integration? Demokratische Rechte!

18. Tatsache ist, dass nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen fundamentale Rechte verweigert werden. Dies betrifft in vielen Fällen das Recht zu arbeiten und sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen und dies betrifft eine Reihe demokratischer Grundrechte wie das Wahlrecht.
19. MigrantInnen wird also vom Staat permanent mitgeteilt, dass sie Menschen zweiter Klasse sind. Integration braucht auch den Zugang zu (Gemeinde-)Wohnungen, Jobs und politischer Aktivität. Die SLP tritt für volle soziale und demokratische Rechte für alle in Österreich lebenden Menschen ein – egal welches Geschlecht, welche Religion, welche Nationalität.

Gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus

20. Solange die ArbeiterInnenklasse gespalten ist, solange kann sie sich nicht wehren. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen einem österreichischen Arbeiter und seinem moslemischen Kollegen geringer als die zum gemeinsamen Chef. Eine österreichische und eine moslemische Billa-Kassiererin haben ähnliche Probleme mit schlechter Bezahlung und Sexismus. Kürzungen bei Bildung und Gesundheit treffen ArbeitnehmerInnen – egal welcher Religion – gleich.

21. Der ÖGB hat in den letzten Jahrzehnten leider nichts getan, um diese Spaltung der in Österreich beschäftigten zu überwinden. Im Gegenteil hat er sich lange geziert, das passive Betriebsratswahlrecht für MigrantInnen einzufordern. In vielen Gewerkschaften Europas sind türkische, arabische etc... Gewerkschaftsangestellte üblich, in Österreich gibt es erst seit kurzem nicht-österreichische BetriebsrätInnen
22. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es aber, ArbeitnehmerInnen zu organisieren und den gemeinsamen Kampf zu organisieren. Die SLP tritt für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB ein, der Beschäftigte, neue „Selbstständige“ und auch Arbeitslose unabhängig von ihrer Religion und Nationalität organisiert und in Kämpfen anführt und unterstützt. Die SLP tritt auch dafür ein, dass die Gewerkschaften aktiv gegen Rassismus auftreten.
23. Die Entwicklungen rund um das Islamische Zentrum in der Dammstrasse zeigen was passiert, wenn die ArbeiterInnenorganisationen MigrantInnen nicht als zentralen Teil der ArbeiterInnenklasse begreifen. Das Rechtsextreme und Faschisten die Demonstration in Wien-Brigittenau dominiert haben ist eine Warnung an die gesamte ArbeiterInnenbewegung. „Hier marschiert der nationale Widerstand“ richtet sich letztlich nicht nur gegen MigrantInnen, sondern auch gegen österreichische ArbeiterInnen. Wenn die ArbeiterInnenbewegung es der extremen Rechten erlaubt, solche Themen aufzugreifen und Nutzen daraus zu ziehen, dann schwächt das die gesamte ArbeiterInnenklasse und stellt eine ernsthafte Bedrohung dar.
24. Die Lösung von Konflikten wie in der Dammstrasse liegt letztlich bei der ArbeiterInnenbewegung. Die SLP verbindet daher Proteste gegen Rassismus und Nazis immer auch mit sozialen Themen und versucht die lokale ArbeiterInnenklasse in diese Proteste einzubeziehen.

Dafür steht die SLP:

- ★ Das Recht aller Menschen, ihre Religion auszuüben, inklusive des Rechtes, Moscheen zu bauen
- ★ Gegen jede religiöse Diskriminierung – inkl. des Rechts, das Kopftuch zu tragen - auch für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst (d.h. das Individuen ihre Religion zeigen dürfen) – die Diskriminierung einer Religion führt zur Isolation und damit zur Stärkung fundamentalistischer Teile
- ★ Für die völlige Trennung von Religion (egal welcher) und Staat – also keine finanzielle Unterstützung, kein Religionsunterricht, keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden.
- ★ Bildung: unser Schulsystem hat eine starke soziale Differenzierung. Eine gemeinsame Schule aller 6-19jährigen inklusive Berufsausbildung ist die beste Integration und die beste Grundlage gegen religiösen Fundamentalismus.
- ★ Die rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen inkl. der Möglichkeit für Doppelstaatsbürgerschaft
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung und der freie Zugang zum Arbeitsmarkt – ds sind die besten Mittel um Frauen bei Schritten in Richtung Unabhängigkeit zu unterstützen.

- ★ Die Öffentliche Hand muss umfassende und kostenlose soziale Betreuung - für Kinder, Kranke, Alte etc. anbieten und darf diese Leistungen nicht an (oft religiöse) Einrichtungen abgeben.
- ★ Arbeitszeitverkürzung und ein Mindestlohn für alle Beschäftigten - das schafft Jobs und ein Einkommen von dem mensch auch Leben kann. Und ist damit die beste Grundlage gegen die „Teile und Herrsche“-Politik
- ★ Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften die gemeinsame Kämpfe von In- und AusländerInnen, egal ob religiös oder nicht organisiert. So kann die Spaltung entlang ethnischer, religiöser bzw. nationalistischer Trennlinien überwunden werden.
- ★ Für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialistischem Programm - den religiöser Fundamentalismus und Rassismus bieten nur Scheinlösungen.



Die Sozialistische Linkspartei: Aktiv, international, sozialistisch!

Die SLP ist aktiv. Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

Die SLP ist international. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

Die SLP ist eine sozialistisch. Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

Mitmachen. Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben/hast, dann zögern Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ slp@slp.at 🌐 www.slp.at

SLP
Sozialistische Linkspartei

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Preis: EUR 2,-